

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringergeld.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 42

Sonntag, den 20. Oktober

1912

## Das Volk muss tiefer greifen.

Nun hat die Regierung Maßnahmen gegen die Fleischteuerung getroffen, aber — die Teuerung steigt. Aus verschiedenen Bezirken des Reiches, wo noch kein dänisches oder anderes auswärtiges Fleisch zum Verkauf bezogen worden ist, wird berichtet, daß die Fleischpreise immer noch steigen, bezeichnenderweise besonders die Preise für Pferdefleisch. Je höher die Preise für Rindfleisch usw., um so begehrter wird Pferdefleisch; die gesteigerte Nachfrage steigert den Preis.

Die Stimmung im Reich wird immer ungemüthlicher, wie das Vorgehen der unteren Beamten erkennen läßt. Der Verband der Unterbeamten Deutschlands hat an die Reichsämter und Ministerien Eingaben gemacht, in denen um die sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage gebeten wird. Solange die Parlamente nicht tagen, ist jedoch an eine Erfüllung dieses Wunsches nicht zu denken, denn der Reichstag oder die Einzellandtage müssen doch erst die Zulagen bewilligen. Indirekt drängen also diese Gesuche zur Einberufung des Reichstages.

Die Weigerung der Regierung, den Reichstag einzuberufen, treibt die Unzufriedenheit im Volke tiefer und die Dinge auf die Spitze. „Es geht aufs Ganze“, sagt der Agrarier v. Seydewitz — da stieg die „rote Flut“ bei den Wahlen. Jetzt, wo es sich um Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes handelt, damit durch starke Einfuhr argentinischen Fleisches die Fleischnot behoben werden kann, gehen die Agrarier wieder auf ganze und warnen die Regierung, dieses Schrankes ja nicht niederzureißen. Der ständige Landwirtschaftsrat in Preußen hat gegen die schwächlichen Maßnahmen der Regierung Front gemacht. Die Agrarier gehen aufs Ganze und treiben das Volk zur Verzweiflung. Als gehorsamer Diener der Agrarier tut die Regierung daselbe.

Wohin die Begünstigungswirtschaft der herrschenden Klassen und der Regierung führt, das zeigt die Stellungnahme des Deutschen Städtetages, der am 7. Oktober in Köln unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth tagte. Zu den Maßnahmen der Regierung, die die Fleischversorgung und Preisgestaltung auf die Gemeinden abwälzen will, faßte der Städtetag folgenden Beschluß:

1. Der Vorstand kann es nicht als die Aufgabe der deutschen Städte ansehen, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßnahmen auszugleichen. 2. Der Vorstand nimmt an, daß die deutschen Städte unter Wahrung des vorstehend ausgedrückten grundsätzlichen Standpunktes und in Würdigung der vielerorts herrschenden Notlage geneigt sein werden, auf dem Boden der inzwischen von der preussischen Staatsregierung beschlossenen und von den anderen Bundesregierungen vorausichtlich gleichartig zu treffenden Maßnahmen eine Abschwächung der zurzeit herrschenden Fleischteuerung zu versuchen. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen und Erfahrungen der Behörden der Vorstand allerdings einen durchschlagenden Erfolg dieser Bestrebungen bezweifeln zu müssen. 3. Unter Hinweis auf diese Besorgnisse beschließt der Vorstand, in einer erneuten Petition an den Herrn Reichsfiskus darauf hinzuweisen, daß nach Ansicht des Vorstandes die notwendige dauernde Entlastung des Fleischmarktes nur von der Einführung von Geflügelfleisch und damit von einer Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu erhoffen sei. 4. Der Vorstand wird in Kürze nochmals zusammentreten, um über den Erfolg der bisherigen Maßnahmen und etwaige weitere Maßnahmen zu beraten.

Die Not zwingt also sogar die Gemeindeverwaltungen, die Forderung der Sozialdemokratie nach Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht nur anzuerkennen, sondern durch erneute Petitionen zu unterstützen. Es muß schon weit gekommen sein, wenn die meist konservativen Repräsentanten der Gemeindeverwaltungen sich zu solchem Schritt gezwungen sehen.

Der Beschluß bedeutet überhaupt eine Verurteilung der bisherigen Wirtschaftspolitik, deren „Mängel“ eben darin bestehen, alles, was zur Lebensnahrung und -notdurft gehört, durch Zölle und indirekte Steuern künstlich zu versteuern im Preise, damit die Profite der Kapitalisten steigen. Eine künftige Zeit wird überhaupt nicht verstehen, wie ein Volk es sich bieten lassen konnte, die Doppelausbeutung durch Hungerlöhne und den Vorkäuferschutz an seinen werktätigen Mannern durch eine brutale, herrschaftliche und gewinn gierige Wucherheit vollziehen zu lassen.

Nichtig erfaßt hat der Städtetag die Abwälzungsmethode der Regierung, die überbieß weiß, daß die Gemeindeverwaltungen nicht viel gegen die Teuerung ausrichten können, sofern nicht die Gesetze beseitigt werden, die sie mitverschuldet haben. Nur will es uns nicht einleuchten, warum es die Gemeinden nicht als eine ihrer Aufgaben betrachten wollten, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen. Ist das auf Grund des Gesetzes gegen den Wucher nicht möglich, so müssen andere Maßnahmen ergriffen werden gegen den Lebensmittelwucher, der die erbärmlichste Art des Wuchers

ist. Ausgeglichen wird übrigens die Misere der staatlichen Wirtschaftspolitik durch gemeindliche Maßnahmen nicht, aber je besser diese Maßnahmen sind, um so schärfer wird die staatliche Wirtschaftspolitik gebrandmarkt. Diese Folgen seiner Abwälzungsmethode scheinen dem Reichskanzler nicht vor Augen gestanden zu haben.

Desto lebhafter sollten die Gemeinden die Initiative ergreifen, durch die weitgehendsten Maßnahmen das Recht der Selbstverwaltung auszubehnten und so einen bestimmten Einfluß auf die gesamte Staatsverwaltung zu gewinnen suchen. Das praktische Leben steht den Gemeindeverwaltungen viel näher, als den Regierungen. Alle Kräfte des Staates wurzeln in den Gemeinden. Hier sehen alle Aenderungen im Wirtschaftsgetriebe zuerst ein, hier sind die engsten Zusammenhänge aller Volkswirtschaft zu suchen, hier ist die Zelle, aus der sich das gesamte Volksleben entwickelt. Viel zu zaghaft fassen die Gemeinden ihre Aufgaben an, freilich, weil die herrschenden Klassen in der Aufsicht, das Recht der Herrschaft und sehr wohl wissen, daß sie in ihrem eigenen Interesse der fortschreitenden Entwicklung in den Gemeindeverwaltungen hemmend entgegenzutreten haben.

In Rücksicht auf die Zusammensetzung und den Charakter der Gemeindeverwaltungen hegen wir darum auch keine Hoffnung, daß sie entschlossen und gründlich gegen die Teuerung auftreten und eingreifen werden. Um nur ein Beispiel anzuführen, hätten sie das längst tun müssen in der Wohnungsschuld. Auch der Wohnungswucher ist ein Teil an der Schuld der Teuerung. Aber auf den Rathäusern geht es wie anderwärts: eine Krähc hat der ändern die Augen nicht aus.

Soll eine schnelle und gute Aenderung kommen, so muß das unter der Teuerung leidende Volk mächtig auf die Gemeindeverwaltungen, wie auf die Regierung einwirken. Sonst bleiben alle sogenannten Hilfsaktionen nichts als eine Farce. Das Volk muß tiefer greifen, wenn es das Uebel an der Wurzel fassen will.

## „Kongress“ der Arbeiterzersplitterer.

Die christlichen Gewerkschaften sind infolge des Streites zwischen der Kölner und der Berliner Richtung der ultramontanen Arbeiterführer arg in die Klemme geraten. Großspurig drohten sie zwar noch vor einigen Monaten mit der Einberufung eines außerordentlichen Kongresses, wenn der „heilige Vater in Rom“ es sich heikommen lassen sollte, die Kölner, d. h. München-Glabbacher Gewerkschaftsmacher zu zwingen, die interkonfessionellen Gewerkschaften aufzugeben und nur rein katholische Organisationen einzurichten. Aber gar bald trafen die christlichen Großklappen vor dem eingreifenden Klerus zu Kreuze und sind hochzufrieden, wenn sie mit päpstlich-pfäffischer Duldung wie bisher weiterwursteln können.

Uebrigens hängen sie immer noch in der Schwebe, da das letzte Wort von Rom noch nicht gesprochen worden ist. Wird doch gerade jetzt verkündet, daß die christlichen Gewerkschaften schon auf der Bekämpfung der freien Gewerkschaften willen bestehen lassen muß, obgleich man sich auch in Rom nicht im Unklaren darüber sein wird, daß die christlichen gegen die freien Gewerkschaften nicht viel auszurichten vermögen, wie das erfreuliche Wachstum unserer Gewerkschaften lehrt. Aber schändlich bleibt trotzdem das Arbeiterzersplitterergewerbe der Christlichen.

Auf dem Kongress, der vorige Woche in Dresden tagte, kam die ganze Erbärmlichkeit dieser frommen Arbeiterführer wieder einmal zum Vorschein. Was ist denn auf dem Kongress geleistet worden? Neben der demagogischen Fekerei gegen die freien Gewerkschaften eine Mordthat, die nur unwissende Arbeiter blenden und obendrein durch die Lagen der Christlichen Lügen gestraft werden. Wer glaubt es einem Giesberts, wenn er mundvoll ausspricht: „Arbeiten wir bei der Besserung unserer Löhne und Arbeitsbedingungen immer noch an der äußersten Grenze!“ Und dabei wird der Streikbruch von den Christlichen systematisch betrieben, wovon speziell die Tabakarbeiter ein Lied singen können.

Und wie demagogisch nimmt es sich aus, wenn der Schreibhals Becker gegen die Einschränkung des Koalitionsrechtes sprach, während Jambusch (Wergarbeiter) und viele andere Debattierredner vermehrt den Arbeitersplitterungsprozess forderten. So ist die

chen-Glabbacher, der über soziale Reformen sprach, verteidigte gar die Interessensolidarität zwischen den Kapitalisten und Arbeitern und betonte, daß die christlichen Gewerkschaften ein absolutes Streik- und Koalitionsrecht verlangten. Dabei wollen diese Demagogen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer noch der äußersten Grenze streben? Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie, diese gottgefälligen Arbeitervertreter!

Sogar für den Schutzlohn trat man auf diesem angeblichen Arbeiterkongress ein, nicht nur für die industriellen, sondern für den landwirtschaftlichen Schutzlohn. Der Brot- und Fleischnacher wird also von dieser unter pfäffischer Beeinflussung stehenden arbeiterfeindlichen Sippshaft gestützt. Das muß in der gegenwärtigen Notstandszeit selbst Blinden die Augen öffnen.

Natürlich war der „Kongress“ von prominenten Persönlichkeiten pfäffischer und weltlicher Couleur besucht, die sich alle als hochwürdige Protektoren der christlichen Arbeiterzersplitterer aufspielten. Der ehemalige Handelsminister v. Berlepsch, der unvermeidliche Gast aller sozialen Quacksalberzusammenkünfte, gab utopische Resjekte zur Hebung der Arbeiterlage aus; er verpönte den Streik in der Produktion „unentbehrlicher Güter“, will dafür den Arbeitern, denen das Streikrecht genommen werden soll, zur Entschädigung eine Art Beamtenstellen einräumen. Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, ob in der durch den Kapitalismus zerküßten bürgerlichen Gesellschaft ernstlich ein derartiger Vorschlag wirklich gemacht werden konnte, der ebenso von den Arbeitern wie von den Kapitalisten scharf zurückgewiesen werden würde.

Ebenso verwunderlich ist die Aeußerung des Herrn v. Berlepsch, daß die freien Gewerkschaften Schuld an der Zersplitterung der Arbeiter tragen. Man braucht nur die Geschichte der Arbeiterbewegung zu befragen, um das gerade Gegenteil aus ihr zu vernehmen. Im Jahre 1865 wurde unser Verband, der der Tabakarbeiter als erste zentralisierende Gewerkschaft begründet, 1866 der Buchdruckerverband, dann der der Schneider und andere, ehe der Harmoniedoktor Marxverein im Jahre 1868 die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften aufmachte, lediglich, um der Gründung von Gewerkschaften durch sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter ein Gegengewicht zu bieten. Wo waren also die Arbeiterzersplitterer zu suchen? Bei den Handlangern des Unternehmertums, denn etwas anderes war auch Dr. Marx Hirsch nicht!

Und zu welcher Zeit und zu welchem Zweck sind denn die christlichen Gewerkschaften gegründet worden? Als schon unter dem Sozialistengesetz die durch das Gesetz abgemerkten Gewerkschaften neu entstanden und dann in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufblühten, da betrieb das Zentrum mit pfäffischer Hilfe Mitte der neunziger Jahre die Gründung der christlichen Gewerkschaften, die den freien Gewerkschaften in den Rücken fallen und ihre Ausbreitung hindern sollten. Diese Tatsachen stehen geschichtlich fest und können auch von einem Exminister nicht hinwegdiskutiert werden.

Wo sind also die Arbeiterzersplitterer zu suchen? Die Christlichen sind es, die unter der Protektion von Pfaffen und Kapitalisten das traurige Gewerbe der Arbeiterzersplitterung betreiben und die Zureiber für die schwarzeste der Parteien, für die Zentrumsparthei, machen. Als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie sollte die armeliche, in den christlichen Gewerkschaften zusammengetriebene Herde der Pfaffen dienen, und noch kurz vor den Reichstagswahlen hatte der Führer des Zentrums, Dr. Spain, verlangt, daß die christlichen Gewerkschaften zum Kampf gegen die Sozialdemokratie schärfer herangezogen werden müßten.

O, sie sind wohl erkannt, die Arbeiterzersplitterer mit samt ihren Protektoren! Die Arbeiter lassen sich kein Z für ein U mehr vormachen. Nur die unwissenden, ganz im Banne pfäffischer Verbannung stehenden können noch von den christlichen Helfershelfern der Kapitalisten eingefangen werden. Aber auch ihnen wird die Bewegung der freien Gewerkschaften noch die Binde von den Augen nehmen und ihnen zeigen, daß nur in den freien Gewerkschaften ihre Interessen ehlich und wirksam vertreten werden.

Mit Aerger und Haß sehen die Christlichen den immensen Zuwachs der freien Gewerkschaften, während die christlichen nicht vorwärts kommen, ja eher ab- statt zunehmen. Aber es muß noch besser kommen. Mit Schimpf und Schande müssen sie von den Arbeitern von dannen gejagt werden, die den Streikbruch schändlich systematisch betreiben, wovon speziell die Tabakarbeiter ein Lied singen können. Koalitionsrecht und Streikrecht verkrüppeln helfen und

die Arbeiter dem Kapitalismus heimtückisch ans Messer liefern!

Wie verhohlener Spott klingt es, wenn ein Vertreter des Kapitalismus, der nationalliberale Präsident des Sächsischen Landtages, Dr. Vogel, in seiner Begrüßungsrede den christlichen Gewerkschaften wünschte, daß sie sich weiter so entwickeln möchten. Ja wohl, immer weiter rückwärts, wie es sich gebührt!

### Der preussische Wahlrechtskampf.

Am 20. Oktober sind vier Jahre verflossen, seitdem der König von Preußen den neu gewählten Landtag mit einer Thronrede eröffnete, in der als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet wurde. Dieses Versprechen des Königs ist bisher nicht eingelöst worden. Der von dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten im Jahre 1910 unternommene Scheinversuch, eine Reform des Wahlrechts in die Wege zu leiten, wirkte vielmehr als eine Verhöhnung der entrechteten Massen preussischer Staatsbürger. Der Entwurf scheiterte an seinem eigenen Widerstand während der Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Regierung hat die Einführung des königlichen Versprechens im Landtage nicht mehr vertreten, sich vielmehr bei der Beratung der fortschrittlichen Anträge hinter die Ausrede verschützt, im Landtage sei eine Mehrheit für eine Wahlreform nicht vorhanden.

Am 22. Oktober wird nun der Landtag zu seiner letzten Session vor den im nächsten Jahre fälligen Neuwahlen zusammenzutreten. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, bei dieser Gelegenheit den Landtag sowohl als die Regierung daran zu erinnern, daß die Reform des preussischen Wahlrechts im Volke noch immer als die dringlichste Aufgabe der Gegenwart angesehen wird, und daß es nicht geneigt ist, die Entrechtung geduldig zu ertragen. Die Führerin im Wahlrechtskampfe, die sozialdemokratische Partei, hat für den 20. Oktober Massenversammlungen in Preußen in Aussicht genommen, in denen die preussischen Nachhader an das Versprechen der Thronrede von 1908 wieder erinnert werden sollen und die den Willen des Volkes, für die Einführung des königlichen Versprechens einzustehen, bezeugen werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preussischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preussischen Landtage unterstehen wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen von Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausführung von für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preussische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeiterfeinde die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niedertritt, den politischen Fortschritt hemmt und allen realpolitischen Anschlägen Vorschub leistet. Von dieser Politik werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Organisationen am schwersten betroffen. Sie haben daher ein lebhaftes Interesse daran, daß die preussische Wahlrechtsfrage auf demokratischer Grundlage gelöst wird, damit auch im preussischen Landtage die gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen eine gebührende Vertretung finden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollzählig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Grundlage für die Zusammensetzung des preussischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebensovienig entspricht, wie die von diesem Landtage in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

### Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

Die Nachwirkungen der Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendiger Gebrauchsgüter durch die Steuererhöhung von 1909 machten sich im letzten Jahre in vollem Maße geltend. Nur zu natürlich ist es daher, daß die Arbeiterschaft bemüht war, durch Lohnforderungen einen Ausgleich herbeizuführen, um sich wenigstens die bisherige Lebenshaltung zu sichern. Würde dies nicht geschehen, so ließen die Unternehmer durch ihre Vertreter im Reichstage das indirekte Steuersystem nach Hergensluft ausbauen und in noch höherem Maße, als dies schon geschehen, die Arbeiter die Mittel zur Erhaltung und Verwaltung des Staats aufbringen. Daß die Arbeiterklasse genötigt ist, bei jeder Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nach einem höheren Einkommen zu streben, würde die Unternehmer nicht weiter berühren. Daß die Arbeiterschaft aber durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen berechneten Anforderungen nachschauen sollte, dazu ist das Recht der Arbeitgeber nicht zu schenken. Es bedarf jedoch des Hinweis, daß die Arbeitgeber nicht nur in den wenigsten Fällen aus und deshalb soll das Recht mit einer Zwangsgewalt eintreten. Das ist die Erklärung dafür, daß das Unternehmerium in den letzten beiden Jahren lauter als je nach ohne Unterbrechung nach Verwirklichung des Konstitutionsrechtes der Arbeiter streift, denn etwas anderes soll der sogenannte Schutz der Arbeitswilligen nicht bezwecken, als die Arbeiterklasse zu verhöhren, mit Erfolg eine Arbeitsentziehung zu unternehmen. Daß die Arbeiter keineswegs genügt sind, sofort und in allen Fällen zum Streik zu greifen, wird durch die von der Generalkommission bearbeitete Strafklausel der Zentralverbände zweifelhaft. Seit dem Jahre 1905 ist diese Strafklausel auch angehängt auf die Bewegungen ohne Arbeitsentziehung und zeigt es sich nun, daß gerade der Anteil dieser Bewegungen an den gesamten wirtschaftlichen Kämpfen sich vervielfacht hat. In den Jahren 1905 bis 1909 p.Zt. im Jahre 1911, gestiegen hat. In erster Linie ist diese Erscheinung zurückzuführen auf die zunehmende Macht der Organisationen, und sie zeigt davon, daß die Arbeiterschaft diese Macht nicht dazu braucht, um nur Streiks zu führen, sondern um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzielen.

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 2670 Bewegungen geführt, wovon 1011 600 Personen betrafen. Davon waren

6756 = 69,9 p.Zt. mit 686 416 Beteiligten ohne Arbeitsentziehung, während es in 2914 Fällen = 30,1 p.Zt. mit 925 258 Beteiligten zum Streik oder zur Aussperrung kam. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 9690 Bewegungen mit 1 025 542 Beteiligten stattfanden, sind die wirtschaftlichen Bewegungen im Jahre 1911 an Zahl und Umfang etwas geringer. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß 1910 sich der umfangreiche Kampf im Baugewerbe vollzog. Es zählte das Baugewerbe in diesem Jahre allein 1887 Kämpfe mit 181 100 Beteiligten — darunter 851 Aussperrungen —, während dasselbe 1911 nur mit 845 Kämpfen und 82 625 daran beteiligten Personen verzeichnet ist. Folgt man der Personenzahl, so hat die Gewerkschaft der Metallindustrie, Maschinen und Schiffbau den stärksten Anteil an den Kämpfen des Jahres 1911, es kamen auf diese allein 128 609 Personen, die an 562 Kämpfen beteiligt waren. Von den übrigen Gewerkschaften waren an den Kämpfen beteiligt: Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 89 Kämpfen und 8259 Personen, die Holzindustrie mit 494 Kämpfen und 80 000 Personen, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 192 Kämpfen und 28 298 Personen, die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie mit 214 Kämpfen und 46 806 Personen, das Handels- und Transportgewerbe mit 256 Kämpfen und 16 559 Personen und die sonstigen Gewerbe mit 262 Kämpfen 24 067 Personen. Die Gesamtausgabe für die wirtschaftlichen Bewegungen stellt sich auf 16 272 818 M., wovon auf Streiks und Aussperrungen 18 062 906 M. und auf die Aussperrungen allein 8 821 641 M. entfallen.

Von den gesamten Bewegungen waren 7046 = 72,9 p.Zt. mit 885 576 Beteiligten = 57,9 p.Zt. erfolgreich und 1701 = 17,8 p.Zt. mit 294 298 Beteiligten = 29,1 p.Zt. teilweise erfolgreich. Dieses Ergebnis ist dem des Vorjahres ungefähr gleich. Es endeten 1910 91,2 p.Zt. der Bewegungen erfolgreich und teilweise erfolgreich, und 91,8 p.Zt. der Beteiligten hatten vollen und teilweisen Erfolg. Von den Bewegungen ohne Arbeitsentziehung wurden 6436 und von den Streiks und Aussperrungen 2201 durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß gebracht. In 182 Fällen wurden diese Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts oder dem Vorsitzenden desselben geführt. Der Verlust an Arbeitszeit durch die Streiks und Aussperrungen beläuft sich auf 8 664 260 Tage, davon entfallen auf die Aussperrungen allein 2 505 178 Tage.

Bei der Durchführung der Kämpfe ist die Organisationsfähigkeit der beteiligten Arbeiter von wesentlicher Bedeutung, da hiervon die materielle Unterstützung und damit die Widerstandskraft der Kämpfenden während der schwereren Zeit des Kampfes abhängig ist. Von allen an den Kämpfen beteiligten gewesenen Personen waren 259 042 in den Streiklisten eingetragen und gehörten von diesen 244 885 Personen der Organisation an, davon 179 246 beim Beginn des Kampfes bereits 6 Monate und darüber.

### Sind für die Poststelle Bremen die Aufstellung eines Ortsbeamten erforderlich?

Zwed dieser Zeilen soll sein, das Für und Wider betreffs Aufstellung eines Lokalbeamten der Poststelle Bremen vor Augen zu führen, damit sich jeder ein Urteil in dieser Angelegenheit bilden kann.

In den letzten Versammlungen ist ja manch heißes Wort hierzu gesprochen worden, selbst persönliche Momente sind mit in die Debatte gerathen, die nur dazu dienen konnten, diese heiß umkämpfte Frage noch verwickelter zu machen. Woran liegt das? Es wurde häufig erwähnt, daß ein gewisses Komplotz in dieser Angelegenheit besteht oder bestanden hat. Wenn man die Sache einseitig betrachtet, kann man unwillkürlich zu einer solchen Anschauung kommen. Das in die Augen Springende war wohl zunächst die Verschmelzung der beiden Poststellen Bremen und Hastedt. Als Kollege Blome in dieser Angelegenheit in Hastedt sprach, erteilt er schon dadurch ein Fiasko, daß ihm entgegengehalten wurde, man wolle wohl nur die Verschmelzung der beiden Poststellen, um eine neue Stellung für einen Beamten zu schaffen. Kurze Zeit später konnte man im Tabak-Arbeiter einen Artikel über „Arbeitsnachweis“ lesen. In der darauffolgenden Mitgliederversammlung hielt dann Kollege Borat ein Referat über Einrichtung eines Bureaus für einen Arbeitsnachweis, worin diese Sache täglich ein paar Stunden geführt werden sollte. Auch bekannte sich Borat dazu, diesen Artikel im Tabak-Arbeiter verfaßt zu haben. Ein dahingehender Antrag wurde aber verworfen, da die Sortierkollegen widersetzten, darüber erst in einer Sektionsversammlung eine Aussprache herbeizuführen. In dieser Versammlung wurde dann der Antrag Borat zurückgezogen. Durch diese merkwürdige Verkettung von Umständen glaubten die Kollegen, daß man ihnen einen Beamten gewissermaßen aufdrängen wollte. Auch glaubten die Kollegen, daß für einen Beamten nicht genügend Arbeit vorhanden sei, die eine Anstellung rechtfertigen könne; weshalb denn vorgeschlagen wurde, eine „Dezentralisation“ der Verwaltungsgeschäfte einzuführen.

Zunächst ist es wohl sehr schwer für die Mitglieder, sich einen Ueberblick über die umfangreichen Arbeiten eines zweiten Bevollmächtigten einer so großen Poststelle zu verschaffen, und dann dürfte eine Dezentralisation wohl eher ein Rückschritt als ein Schritt normwärts bedeuten.

Des ferneren wurde angeführt, daß dann eine Erhöhung der Lokalbeiträge eintreten müßte. Außer diesem letzteren Punkte sind wohl keine ausschlaggebende Argumente gegen einen Beamten angeführt.

Nun sind ja für die Arbeiten eines Lokalbeamten die Kassengeschäfte nicht allein maßgebend, sondern schon in der Versammlung sind verschiedene Punkte angeführt, mit denen sich derselbe befassen soll, die zu erledigen auch wohl erforderlich sind, um den weiteren Ausbau der Organisation zu fördern und vor allem, dadurch unsere Lage zu heben. Zudem ist es auch wohl nicht mehr gut möglich, einem einzelnen Kollegen die Arbeiten für ca. 930 Mitglieder aufzubürden, wenn derselbe am Tage seinem Beruf nachgehen muß. Gewiß ist es schwer für uns, unseren Lokalbeitrag zu erhöhen, aber — dies ist doch wohl der springende Punkt — wird nicht diese kleine Entschädigung reichlich wettgemacht durch gesteigerte Aufmerksamkeit auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Und dürfen wir die Erfolge nicht reichlich entschädigen? Kann eine solche Sache planmäßiger geleitet und gefördert werden, als von einem Beamten, der das Material dazu ständig in Händen hat und täglich bearbeitet?

Ist es nicht ferner ein Erfolg, wenn wir das so mühsam Erhaltenes festhalten, wo doch die Fabrikanen immer wieder versuchen, uns unsere Erfolge freiwillig zu machen? Wäre es nicht sehr wünschenswert, daß ein formeller Arbeitsnachweis eingeführt wird, der doch eine unschätzbare Hilfe in unseren Händen wird, der aber bis jetzt noch in den Kinderschuhen steht?

Diese und noch manche andere Punkte sind doch wohl dazu angetan, in eine gründliche Erwägung darüber einzutreten, ob er nicht nach einheitlicher Regelung der Verwaltung zu billigen wäre und ob es nicht auch für uns einen großen Vorteil mit sich bringt, wenn wir zur Aufstellung eines Beamten schreiten könnten.

Bremen, den 11. Oktober 1912.

### Anmerkung der Redaktion: Der Artikel in Nr. 30 des Tabak-Arbeiter „Unser Arbeitsnachweis“ ist nicht vom Kollegen Borat verfaßt, sondern von der Redaktion; jedoch ist speziell an die Bremer Verhältnisse keineswegs gedacht worden. Da unseres Wissens Borat sich auch nicht als Verfasser betannt hat, liegt wohl ein Mißverständnis vor.

Nun sind ja für die Arbeiten eines Lokalbeamten die Kassengeschäfte nicht allein maßgebend, sondern schon in der Versammlung sind verschiedene Punkte angeführt, mit denen sich derselbe befassen soll, die zu erledigen auch wohl erforderlich sind, um den weiteren Ausbau der Organisation zu fördern und vor allem, dadurch unsere Lage zu heben. Zudem ist es auch wohl nicht mehr gut möglich, einem einzelnen Kollegen die Arbeiten für ca. 930 Mitglieder aufzubürden, wenn derselbe am Tage seinem Beruf nachgehen muß. Gewiß ist es schwer für uns, unseren Lokalbeitrag zu erhöhen, aber — dies ist doch wohl der springende Punkt — wird nicht diese kleine Entschädigung reichlich wettgemacht durch gesteigerte Aufmerksamkeit auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Und dürfen wir die Erfolge nicht reichlich entschädigen? Kann eine solche Sache planmäßiger geleitet und gefördert werden, als von einem Beamten, der das Material dazu ständig in Händen hat und täglich bearbeitet?

Ist es nicht ferner ein Erfolg, wenn wir das so mühsam Erhaltenes festhalten, wo doch die Fabrikanen immer wieder versuchen, uns unsere Erfolge freiwillig zu machen? Wäre es nicht sehr wünschenswert, daß ein formeller Arbeitsnachweis eingeführt wird, der doch eine unschätzbare Hilfe in unseren Händen wird, der aber bis jetzt noch in den Kinderschuhen steht?

Diese und noch manche andere Punkte sind doch wohl dazu angetan, in eine gründliche Erwägung darüber einzutreten, ob er nicht nach einheitlicher Regelung der Verwaltung zu billigen wäre und ob es nicht auch für uns einen großen Vorteil mit sich bringt, wenn wir zur Aufstellung eines Beamten schreiten könnten.

Bremen, den 11. Oktober 1912.

### Rundschau.

**Verordnung, die Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation betreffend.** Die Süddeutsche Tabakzeitung meldet über diese Frage folgendes:

Durch die Presse ging kürzlich die Meldung, die Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie werde demnächst durch Bundesratsverordnung erfolgen. Der Verband der Zigarrenfabrikanten, Sitz Karlsruhe, wählte

sich deshalb an die Baulche Regierung mit der Bitte, ihm von dem Entwurf dieser Verordnung Kenntnis zu geben, damit die davon betroffene Industrie in der Lage sei, etwaige Wünsche und Bedenken rechtzeitig geltend zu machen. Das Ministerium gab darauf folgenden Befehl:

„Uns ist ein Entwurf einer Verordnung betreffend die Hausarbeit in der Zigarrenfabrikation noch nicht mitgeteilt worden. Sobald uns ein solcher zugeht, werden wir dem dortigen Wunsche tunlichst Rechnung tragen.“

Daraus ergibt sich, daß die erwähnte Pressenmeldung zum mindesten sehr verfrüht ist; denn daß der Bundesrat die Hausarbeit in der Zigarrenindustrie regeln sollte, ohne zuvor mit der Regierung des dabei am meisten interessierten Bundesstaates Rücksprache zu nehmen, dürfte doch wohl ausgeschlossen sein.“

**Reichsgesetz zur Regelung der Wandererfürsorge.** Nach einer Korrespondenz wird ein Reichsgesetzentwurf zur Regelung der Wandererfürsorge vorbereitet, der die Einführung von Fürsorgeeinrichtungen für mittellose Wanderer für alle Bundesstaaten bewirkt, wodurch ein einheitliches Vorgehen auf diesem Gebiet erzielt werden soll. Das württembergische System, das Wandererarbeitstätten aufweist, soll bei der reichsgesetzlichen Regelung besondere Berücksichtigung finden. Alle mittellose Wanderer haben sich nach den dortigen Bestimmungen bei den Wandererarbeitstätten zu melden. Auf der Arbeitstätte wird dem Wanderer ein Kost und Unterkunft gewährt, wofür er eine entsprechende Zeit zu arbeiten hat.

**Arbeiterturnvereine sind keine politischen Vereine.** Die Vorstehenden der Arbeiterturnvereine in Jangenberg und Gruna bei Zeitz hatten vom Amtsvorsteher die Aufforderung erhalten, der Behörde Satzungen und Verzeichnisse der Vorstandsmitglieder ihres „politischen“ Vereins einzuschicken. Als sie das verweigerten, wurden sie mit einem polizeilichen Strafmandat bedacht. Das Schöffengericht in Zeitz erkannte jedoch auf Freisprechung, weil Arbeiterturnvereine nicht politisch sind und ihre Zugehörigkeit zum Arbeiterturnbund sie ebenfalls nicht zu politischen Vereinen stampeln könne.

**Wohnungsnot und englische Krankheit.** Aus Ergebnissen von Erhebungen, die in Essen angestellt wurden, über den Zusammenhang zwischen schlechten Wohnungsverhältnissen und der Rachitis bei Kindern geht hervor, daß die schlechtesten Wohnungsverhältnisse auf die Kinder einen erheblichen unheilvollen Einfluß ausüben. Die Erhebungen wurden unter den Erntimpflingen angestellt. Dabei ergab sich, daß unter den Kindern, deren Alter sich zwischen 5 und 36 Monaten bewegte, 97,9 Prozent mehr oder weniger an englischer Krankheit litten und daß nur 2,2 Prozent frei von dieser Krankheit waren. In Familien, in denen 3 bis 8 Personen einen Raum zugleich als Schlaf- und Wohnraum und als Küche benutzten, waren alle Kinder rachitiskrank, und zwar mehr oder weniger schwer. Auch wo 2 Räume zur Verfügung standen, von denen der eine gleichzeitig als Küche diente, gab es keine von der Krankheit freien oder nur leicht erkrankten Kinder. In den meisten Fällen stand der Familie ein Wohnraum und keine zu anderen Zwecken benutzte Küche zur Verfügung. Hier entsprach die Schwere der Krankheit genau der Belegungsdichte der Wohnräume. Dasselbe Ergebnis stellte sich heraus, in den Fällen, wo 2 bis 13 Personen zwei Wohnräume und eine Küche bewohnten. Bei 88 Familien waren bei einer Belegung der Wohnräume mit 5 Personen vier Kinder frei von Rachitis und 11 leicht erkrankt. Bei 42 Familien und einer Belegung mit 6 Personen keine rachitisfreien und 8 mit leichter Erkrankung, bei 21 Familien, in denen die Räume mit 7 Personen belegt waren, gab es nicht nur keine rachitisfreien Kinder, sondern auch keine leicht erkrankten mehr, sondern nur Fälle von mittlerer oder schwerer Krankheit.

Und doch werden in den Kommunen die sozialdemokratischen Anträge auf eine durchgreifende Wohnungsreform durch die Kant abgelehnt. Für Gratifikationen, Banketts und andere schönen Dinge ist freilich immer Geld genug vorhanden.

**Der Süddeutsche Eisenbahnerverband und das Streikrecht.** Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat an den bayerischen Verkehrsminister sowohl wie an die beiden Kammer eine Kundgebung gerichtet, die in ausführlicher Weise die Stellung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes zum Streikrecht kennzeichnet. Der Hauptpassus der Erklärung lautet:

Der Gesamtverband des in Frage stehenden Verbandes erklärt, daß von Seiten des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals der Streik nicht als gesetzlich zulässiges Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Beamten der Verkehrsverwaltung betrachtet wird und wir uns wohl bewußt sind, daß ein solcher die schwersten Erschütterungen des Erwerbslebens herbeiführen würde. Auch erlauben wir uns, zu bemerken, daß unsere Organisation der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht angeschlossen ist und daß der Hauptvorstand es unseren örtlichen Gewerkschaftsvertretern angeschlossen Verwaltungsstellen nahegelegt hat, aus diesen auszuscheiden. — Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen gestatten wir uns das höfliche Ersuchen zu stellen, daß uns sowohl von der königlichen Staatsregierung wie auch von den hohen Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten das gleiche Entgegenkommen wie bisher bezeugt werden möchte.

Wer diesen nicht ehrenvollen Rückzug auf dem Gewissen hat, muß sich erst noch herausstellen.

**Erbanliches von Streikbrechern.** In Sülten bei Dresden sind die Arbeiter der Kunstmühle ausgesperrt. Als Ersatz verschaffte sich der Besitzer der Mühle eine Anzahl Hinzugehörten, doch bald verließen acht der Arbeitswilligen die Arbeitstätte. Die übrigen vier hatten es aber auch satt, da ihnen die 14 Tage „Arbeit“ schon zu viel wären. Nachdem sie zwei Tage nach Abreise der ersten acht das Mittagessen mitsamt dem Geschirr durch die Fensterscheiben auf die Straße geworfen und in der Frühstücksstube alles kurz und klein gemacht und volle Kräfte vier buchstäblich klein geschlagen hatten, ließ der Unternehmer sie in sein Kontor rufen, um sie nach Auszahlung des Lohnes für eine Woche im Voraus zu entlassen. Damit hatte der Mühlenbesitzer bei den Eingekerkerten

# Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 42

Sonntag, den 20. Oktober

1912.

## Tierschutz und Arbeiterschutz.

Die Neuzeit ist unstrittig ein humaneres Zeitalter als die Zeit der Antike oder des Mittelalters. Die mehr und mehr um sich greifende Humanität bemächtigt sich anscheinend nach und nach aller Gebiete. Ein eines Verbrechens Angeklagter braucht heute nicht mehr davor zu zittern, daß ihm herzlose Senkerknechte Daumschrauben oder spanische Stiefel anlegen oder ihm mit glühenden Zangen zünden oder ihm die Gelenke auf eine „sinnreiche“ Art auseinanderreißen. Und die eines Verbrechens Ueberführten werden heute in Gefängnissen und Zuchthäusern interniert, die allerdings noch manches barbarische Ueberbleibsel aus dem finsternen Mittelalter aufweisen, aber immerhin die Behandlung der Strafgefangenen ist heute humaner als vor einigem Hundert Jahren. Die Todesstrafe hat sich ja leider auch noch als ein Rudiment barbarischer Sitten in unser „aufgeklärtes“ Zeitalter vererbt, jedoch gerädert, gekreuzigt, verbrannt oder gevierteilt wird heute auch nicht mehr. Soweit haben sich die „Kulturstaaten“ denn doch schon zur Kultur durchgerungen, daß sie die dem Straftode Verfallenen auf möglichst schmerzlose Art zu beseitigen suchen.

Die Humanität erstreckt sich auch auf die Tiere. Im harten Winter gedenkt man der Vögel und des vierbeinigen Waldgetiers und baut ihnen Krippen und streut ihnen Nahrung, um sie vor dem entsetzlichen Hungertode zu bewahren. Grell bemalte Tafeln mahnen überall: Gedenket der hungernden Tiere! Und gar erst jene Tiere, die im Dienste der Menschen stehen! Sie genießen den ganz besonderen Schutz jedes Tierschutzvereins und in vollkommenen Abhandlungen wird dargestellt, welcher Art die Nahrung und Behandlung der Tiere sein muß, um sie wohlgepflegt zu erhalten und ihnen ein möglichst langes Leben zu sichern.

Wir leben also unstrittig in einem humanen Zeitalter. Rohen Sitten verschwinden mehr und mehr. Dank dem moralischen Einfluß der Humanisten greift das menschliche Mitgefühl mit allem, was da leidet und kreucht, immer weiter um sich.

Das wird jeder vernünftige Mensch mit Freuden begrüßen. Denn das zeugt davon, daß die Menschen bemüht sind, die ererbten tierischen Instinkte immer mehr abzustreifen und danach zu trachten, sich zu wirklichen Menschen zu veredeln. Man ist entrüstet, wenn ein roher Patron einen Karrengaul auf eine grausame Art, durch Schläge und Fußtritte, zu beinahe unmöglicher Leistung anzustacheln sucht. Man rüht dabei nicht nur am Humanitätsgefühl, man verweist auch darauf, daß ein auf solche Weise malträtiertes und abgeradertes Gaul unmöglich ein langes Leben haben kann und damit dem Besitzer frühzeitiger als nötig verloren geht. Man empört sich über das sogenannte „Doping“, einen unehelichen Trick der Jockeys, den Rennpferden vor Rennbeginn ein Gift zu verabreichen, das sie feurig macht und zu höchster Leistungsfähigkeit anstachelt. Das verurteilen nicht nur der Besitzer des Renngaules und jene, denen durch ein solches Manöver ein „sicherer Tipp“ verloren geht, sondern neben allen Tierschutzvereinen die ganze gesittete Welt. Ein solcherweise künstlich aufgebautes Tier verliert frühzeitig seine Kräfte, wird bald unfähig und verfällt einem frühen Siedtüm. Nicht nur Gründe der Sittlichkeit, sondern auch Gründe des pekuniären Vorteils sprechen gegen solche betrügerische Manipulationen.

Vor einem Wesen macht die Humanität aber anscheinend immer noch Halt. An dieses Wesen denken auch oftmals die sonst so gegenreidlich wirkenden Tierschutzvereine nicht, obwohl es doch so quast auch zur Gattung Mensch gehört, allerdings wohl nicht nach Ansicht der „Ehden und Besten“, aber immerhin nach den Feststellungen der vorurteilslosen, exakten Wissenschaft. Das ist der Arbeiter. Ach, wenn jene von Mitgefühl für die Tiere überströmenden Geschöpfe doch nur halb so viel Mitgefühl für die Arbeiter übrig hätten! Daraus denkt man aber vor lauter Tierliebe nicht und tausende Arbeiter und Arbeiterinnen verkümmern und verelenden. Man schreibt die Nahrung der Tiere vor, die den Menschen dienen. Man ist bestrebt, diesen Tieren ein möglichst langes und gesundes Leben zu sichern, hält ihre Stallungen und Krippen rein und füllt die letzteren mit ausreichender, gesunder Nahrung. Und die Arbeiter? Ihnen, deren Tätigkeit in ungleich gesteigerter Weise dem Menschenwohl dient, verteuert man das Brot und füttert es Schweinen. Man verteuert ihnen das Fleisch und wirft die guten Lederbissen den wohlgesättigten Jagdhunden vor. Mögen doch die Arbeiter sehen, wo sie bleiben.

Und das tun sie. Im von der Natur so reich gesegneten Schlesiern tragen kürzlich arme Besenbinder und Bergleute ein krepierendes und bereits verscharrtes Pferd wieder aus der Erde und teilten sich dann den „letzeren“ Bissen, um dem Magen auch mal etwas Fleisch anbieten zu können. In Ostelbien, wo die Kultur der Finken, Schweine, Pferde und Jagdhunde in höchster Blüte steht, hielten seit geraumer Zeit schon Arbeiter einem Abwecker Pferde-, Esel- und Hundeladaver zum eigenen Genuß. Das gestrenge Gericht hatte für die „Verbrecher“ harte Gefängnisstrafen übrig. Hätte ein verirrter, halb verhungertes Schäferhund sich an diesen Kadavern gesättigt, man hätte ihn nicht geächtigt. Man hätte ihn bemitleidet.

So steht es im heutigen modernen Zeitalter mit der Humanität aus, die man für die Arbeiter übrig hat. Man sorgt für Tierschutz, aber nicht für Arbeiterschutz. Warum auch nicht. Der Verlust eines nützlichen Tieres bedeutet je eine pekuniäre Einbuße, der Verlust eines Arbeiters bedeutet für den Kapitalismus nichts. Draußen sehen andere.

Deshalb ist man auch bemüht, das Leben der nützlichen Tiere möglichst zu verlängern und warnt vor zu schneller Ausnutzung ihrer Arbeitskraft. Was fragt man aber in dieser Hinsicht nach dem Arbeiter? Den in der Bluthölle des Stahlwerks schmer schuftenden Hüttenmann verurteilt der Kapitalismus zu schier endloser Qual. Ununterbrochen steht er sogar Sonntags in vierundzwanzigstündiger Wechselfchicht am Hochofen. In Qualm und Blut unter fast steter Lebensgefahr muß er fronden, die Schicht ist lang, die Pause knapp. Wer fragt danach, wenn diese Hüttenmänner frühzeitig ihre Kraft auspumpen und eines frühzeitigen Todes sterben! Sie sind ja so leicht zu ersetzen, sie kosten nichts. Rennpferde aber und Ackerhäule sind teuer.

Oder was macht es aus, wenn man Bergleute in dunkle, tiefe Schächte treibt und ihnen bei harter, gefährlicher Arbeit das Sonnenlicht raubt! Wohl ist die Gewinnung der kostbaren Kohle zur Erhaltung der Menschheit nötig, aber wäre es nicht ebenso nötig, die zu dieser Arbeit ersahenen Arbeiter möglichst zu schonen und ihnen ein möglichst langes Leben zu sichern? Statt dessen lange Schichten und unsichere Betriebe. Hunderte fallen mit einem Schlage den bösen Wettlern zum Opfer. Dann senkt die Humanität und man zollt ihr pflichtschuldigst Achtung und seufzt mit. Doch nur kurze Zeit. Dann geht die rücksichtslose Ausbeutung weiter, bis eine neue Gekatombe von Arbeiteropfern den Genius der Menschheit erben macht. Arbeiter sind ja leicht zu ersetzen.

Und die ausgemergelten Weber, die für einen Zamerlohn fronden und denen der Fleischgenuß schon etwas scharer Unerreichbares geworden ist. Mann, Frau und Kind stehen in harter, lieblicher Fron am trachenden Webstuhl und ein frühzeitiges Grab harret ihrer. Vielleicht tauschte manche dieser verkrüppelten Gestalten gern mit dem Jagdhund des Junkers. Er könnte sich dann mal jattessen.

Und wie am Hochofen, im Bergbau und am Webstuhl in aller anderen Betrieben, wo Arbeiter beschäftigt werden! In der Form vielleicht weniger schroff, aber überall rastlos ratternde Maschinen, stete schwere Arbeit, Kommandomorte und Antreiber. Nur schaffen, nur arbeiten. Und dafür wenig Ruhe und schlechte Nahrung. Ein Rennpferd hats besser.

Das ist unser humanes Zeitalter. Es überzieht sich mit einem Firnis von menschlichem Mitgefühl, quillt über von „Humanität“ und bringt dem Kapitalismus Gekatomben von Menschenopfern. An den Tierschutz denkt man und kultiviert ihn. Arbeiterschutz ist teuer und folglich unsinnig.

Doch halt, wir haben ja auch schon Arbeiterschutz. In Giftfabriken und sonstigen besonders gesundheitsgefährdenden Betrieben sind ja einige besondere Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter erlassen worden. Doch was da bisher vorliegt, ist wenig Schutz und viel weiße Salbe. Harmlose weiße Salbe, mit der man böse artige Geschwüre überstreicht. Trotzdem wuchert die Krankheit weiter. Sie frißt innen weiter, wenn es a u ß e n nicht mehr möglich ist.

Man gibt auch schon dem frühzeitig zum Krüppel oder Invaliden Gewordenen eine „Rente“, und den Kranken sucht man zu heilen und gewährt ihm Unterstützung. Und auf diese „Sozialpolitik“ tut man sich viel zugute und der Tierjahnfreund legt sich mit dem befriedigenden Bewußtsein schlafen, daß ja doch auch für Arbeiterschutz „etwas“ geschieht.

Wir aber sagen, daß die billigen Mixturen, die in dieser Richtung bisher verabreicht werden, fast völlig wertlos sind. Ein wirklicher Arbeiterschutz steht anders aus. Er erfordert vor allem einen je nach Beschwerlichkeit und Gefahrlichkeit auf alle Betriebe ausgedehnten und durchgreifend verkürzten Maximalarbeitstag, daß jeder Arbeiter genügend gesont und ihm ein langes Leben zuteil wird. Er erfordert ferner einen gesetzlich festgelegten Minimallohn, der so beschaffen sein muß, daß jeder Arbeiter kräftige, ausreichende Nahrung und gute Kleidung kaufen kann. Und er erfordert das völlige uneingeschränkte Koalitionsrecht, daß die Arbeiterschaft auch in der Lage ist, allen Uebergriffen des Unternehmertums wirksam entgegenzutreten zu können!

Die Besitzenden unseres „humanen“ Zeitalters mögen von Tierschutz sprechen. Der ist vorhanden. Man sachele aber nicht von Arbeiterschutz, denn er fehlt. Die Arbeiter aber werden durch ihre Organisationen dafür sorgen, daß auch ein wirksamer Arbeiterschutz plätagreif ist. Und wenn die Gegner ihre Organisationen noch so sehr anfeinden, begeistern und zu zersplittern trachten: das Proletariat wird das gesteckte Ziel erreichen! Es wird durchsetzen, daß der Menschenschutz sich ebenbürtig an die Seite des Tierschutzes stellen kann!

## Von der Zigarettenindustrie.

Die Zahl der Fabriken, die nur Zigaretten herstellen, ist in Deutschland und Luxemburg (Zollgebiet) von 1015 im Jahre 1910 auf 1003 im Jahre 1911 gesunken. Die Zahl jener Fabriken, die keinen Gehilfen beschäftigten, ist von 408 im Jahre 1910 auf 450 im Jahre 1911 gestiegen. Gesunken ist dagegen die Zahl der mit Gehilfen arbeitenden Betriebe von 607 im Jahre 1910 auf 553 im Jahre 1911. Es arbeiteten mit nicht mehr als 10 Gehilfen 494, mit 11 bis 50 Gehilfen 36, mit 51 bis 100 Gehilfen 5, mit 101 bis 500 Gehilfen 16, und mit mehr als 500 Gehilfen 2 Betriebe. Ein Vergleich mit dem Vorjahre läßt sich hinsichtlich der Betriebsgröße nicht ziehen, da für 1911 eine andere Gruppierung gewählt worden ist. Zwar ist eine Zunahme der ohne Gehilfen arbeitenden Betriebe um 42 zu sehen, doch darf daraus

nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß die Entwicklung in der Zigarettenindustrie sich zum Kleinbetrieb neigt. Zweifellos ist in der Zigarettenindustrie die Entwicklung zum Großbetrieb sehr stark bemerkbar, wenn auch die Zahl der kleinen und kleinsten Betriebe noch recht groß ist, sogar zunimmt, so kommt es doch wesentlich auf die Produktionsmenge an, und da bleiben die kleinen Betriebe in ihrer Gesamtleistung doch weit zurück. Schon eine Angabe der Arbeiterzahl in den verschiedenen Betriebsgruppen hätte sofort was Bild verändert, obgleich auch das noch nicht ausschlaggebend ist, da das Verhältnis von Maschinen- und Handarbeit zueinander nicht in allen Betrieben gleich ist, und deshalb doch ein Betrieb mit großer Handarbeiterzahl und wenigen Maschinen weniger produziert, als es umgekehrt der Fall ist.

Keine Maschinenarbeit hatten 1911 41 Betriebe, gegen 37 im Vorjahre. Maschinen- und Handarbeit hatten 120 Betriebe, gegen 95 im Jahre 1910. Die Betriebe mit reiner Handarbeit gingen von 383 in 1910 auf 842 in 1911 zurück. Gar deutlich läßt sich an diesen Ziffern die Zunahme der Maschinenarbeit erkennen; während 1910 in 132 Betrieben Maschinen verwendet wurden, geschah es 1911 schon in 161. Das ist eine Zunahme der Maschinenbetriebe in einem Jahre um 22 Prozent. Interessant wäre es, zu wissen, wie viel Maschinen nun eingestellt wurden und wie sich die Leistungsfähigkeit der Maschinen überhaupt gehoben hat, da sich so das Verhältnis von Maschinen- und Handarbeit zur Gesamtproduktion noch besser ermitteln lassen würde. Bemerkenswert ist, daß trotz der Zunahme der Kleinbetriebe um 42 die Zahl der Betriebe mit reiner Handarbeit gegen 1910 um 41 abgenommen hat. Das zeigt, daß die Maschine auch in kleineren Betrieben immer mehr verwendet wird. Die Kleinbetriebe, die ausnahmslos, und die kleineren Betriebe, die ohne Maschinen produzieren, werden einen schweren Stand haben, wenn einmal für die Zigarettenindustrie eine Krise hereinbrechen sollte. Die Existenz dieser Betriebsinhaber beruht auf der günstigen Konjunktur und der Ausbeutung ihrer Arbeiter bzw. ihrer eigenen Person.

Die Zahl der Fabriken, die Zigaretten und Zigarettenpapier herstellen, betrug 1911 309, gegen 294 im Vorjahre. Mit keinem Gehilfen arbeiteten 48, mit nicht mehr als 10 Gehilfen 172, mit 11 bis 50 Gehilfen 60, mit 51 bis 100 Gehilfen 17, mit 101 bis 500 Gehilfen 10, mit mehr als 500 Gehilfen 4 Fabriken. Hier hat die Zahl der Fabriken ohne Gehilfen gegen das Vorjahr um 2 abgenommen. Keine Maschinenarbeit hatten 3 Fabriken, gegen 4 in 1910; Maschinen- und Handarbeit 127, gegen 136, reine Handarbeit 179, gegen 154. In dieser Kategorie ist die Zahl der Betriebe überhaupt nur um 15 gestiegen, während sich die mit reiner Handarbeit um 25 vermehrt hat. Da außerdem, wie bereits bemerkt, die Zahl der Kleinbetriebe hier um 2 gesunken ist, so kann die vermehrte Zahl der reinen Handarbeitbetriebe nicht auf diese entfallen, so daß also auf jeden Fall 12 Betriebe zur Handarbeit zurückgekehrt sein müssen. Zu erwägen wäre allerdings, ob nicht nicht einige Maschinenbetriebe ausgegliedert sind, sei es aus der Industrie überhaupt, oder daß sie zu einer anderen Kategorie gezählt werden, so daß durch neue Kleinfirmen die Ziffer in der erwähnten Art beeinflusst worden ist. Immerhin ist hier eine Abnahme der Maschinen- und eine Zunahme der Handarbeit, soweit das in der Zahl der Fabriken zum Ausdruck kommt, zu konstatieren.

Die Zahl der Fabriken, die nur Zigarettenpapier herstellen, ist von 49 in 1910 auf 46 in 1911 gesunken. Solche Betriebe ohne Gehilfen gibt es nur 4, gegen 7 in 1910. Betriebe mit nicht mehr als 10 Gehilfen gibt es 29, mit 11 bis 50 Gehilfen 12, mit 51 bis 100 Gehilfen 1. Keine Maschinenarbeit hatten 19 (1910: 19), Maschinen- und Handarbeit 28 (20) und reine Handarbeit 9 (10) Fabriken.

Eine Fabrik stellte im Jahre 1911 Zigarettenpapier in Bogen usw. her, und zwar in Maschinenarbeit, und reichte sich der Betrieb in die Größenklasse von 101 bis 500 Arbeitern ein. Im Vorjahre war ein solcher Betrieb noch nicht aufgeführt.

Zigarettenhüllen oder -blättchen stellten 1911 31 Fabriken gegen 42 in 1910 her. Betriebe mit keinem Gehilfen existierten 5, gegen 6 im Vorjahre, mit nicht mehr als 10 Gehilfen 19, mit 11 bis 50 Gehilfen 7. Keine Maschinenarbeit hatten 27, Maschinen- und Handarbeit 1, und reine Handarbeit 3 Betriebe dieser Art. Obgleich hier 11 Betriebe weniger sind, hat die Zahl der Maschinenbetriebe doch nur um 7, gegen eine Verringerung von 7 auf 3 in der reinen Handarbeit, abgenommen.

Herborgehoben zu werden verdient, daß die Betriebe, die Heimarbeiter beschäftigen, eine Verringerung erfahren haben, und zwar um 36, von 355 in 1910 auf 319 in 1911. Von den Fabriken, die nur Zigaretten anfertigen, gaben 245 (1910 265), von den Zigaretten- und Zigarettenpapierfabriken gaben 73 (1910 89) und von den Hüllen- und Papierfabriken gab 1 Heimarbeit aus.

Auch die Zigarettensteuer mit ihren Ertragnissen ist ein Gradmesser für die Entwicklung der Zigarettenindustrie. Eingenommen wurden 1911 für verkaufte Zigarettensteuerzettel 34,6 Millionen Mark, gegen 29 Millionen Mark im Vorjahre. Deutlicher zeigt sich jedoch der Aufschwung in der Produktionsstatistik. Im ganzen wurden im Jahre 1911 hergestellt 9382,4 Millionen Stück, gegen 8361 Millionen Stück im Jahre 1910; das sind 1021,4 Millionen Stück, oder 12,2 Prozent, mehr. Verlässlicher wird, daß nicht alle Zigaretten sofort in den Handel gehen, und rechnen nur die verkauften als abgesetzt, wannaleich







mit einer Steigerung um 19 100ollarbeiter ist nicht die Folge von übermäßiger Fabrikation in Folge der drohenden Follerhöhung und deshalb beabsichtigten Vorderjorgung noch zu billigen Zollfällen, sondern die natürliche Folge der damaligen allgemeinen wirtschaftlichen Hochkonjunktur gemein. Die guten Wirtschaftsjahre 1888-1900 hatten eine Erhöhung der Arbeiterzahl um 17 Prozent, die Jahre 1896/97 um 13 1/2 Prozent gebracht; die Steigerung 1908/09 um 12 Prozent bleibt also noch durchaus im Rahmen einer allgemeinen besonders günstigen Wirtschaftskonjunktur. Der Rückgang 1908 zu 1910 beträgt 1815ollarbeiter, dabei muß aber berücksichtigt werden, daß im Jahre 1910 nicht bloß für den Verbrauch, sondern in erheblichem Maße zu einer Ueberfüllung der Läger gearbeitet worden ist und zwar um 5 Prozent der Jahresherstellung, so daß der Rückgang des Verbrauches auf über 10 Prozent zu schätzen ist. Da die Zunahme des Zigarettenkonsums hierin enthalten ist, so ist der Rückgang der anderen Zweige des Tabakgewerbes entsprechend höher. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ist die Minderung des Verbrauches natürlich noch viel höher. Die Steigerung des Beschäftigungsgrades in der Tabakindustrie von 1888 zu Höchststand der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur 1902-1908 ging von 107 000ollarbeiter auf 138 163 = 29 Prozent, von 1900-1908 von 137 190 auf 171 126 = 25 Prozent. Zergewisse Mengen von auf Spekulationsvervollstem Tabak aus den Jahren 1908 und 1909 waren 1910 sicherlich schon vollständig verarbeitet; die Menge der auf 1ollarbeiter entfallenden verfügbaren Tabalmenge der einwandfreien Jahre 1902 bis 1904 betrug 6,3 dz, während für das Jahr 1909 nur 6,08 dz und für 1910 nur 5,57 dz auf 1ollarbeiter kamen. Die Verhältnisse in der Zigarettenindustrie sind sehr schlecht, hervorgerufen durch übermäßige Wettbewerbserweiterung in Ueberleistungen des Hersteller an die Kundenschaft. Auch das beweist, daß noch immer Ueberproduktion da ist, und wenn erst ein wirklicher Ausgleich zwischen Herstellungsmenge und Verbrauch erlangt ist, wird wieder eine Grundlage für normale Verhältnisse geschaffen sein.

Herr Julius Thorebeck-Mannheim erinnert an den Beschluß des Deutschen Tabakvereins, Produktionssteigerungen für die Jahre 1908 und 1911 zu veranstalten, um aus einem Vergleich der beiden Jahre einen Ueberblick über die durch das Tabaksteuergesetz bewirkten Verschiebungen im Tabakgewerbe zu gewinnen. Infolge der Kürze der Zeit sei es noch nicht möglich gewesen, für 1911 zu einer abschließenden Statistik zu gelangen; er könne deshalb nur einen allgemeinen Ueberblick geben und zwar nur für die Mengen des verwendeten Rohtabaks. Diese verarbeiteten Mengen seien absolut um ungefähr 6 Prozent zurückgegangen; wenn man aber die Bevölkerungszunahme berücksichtige, dann ergebe sich ein Rückgang von ungefähr 8-10 Prozent. Von den einzelnen Zweigen der Tabakfabrikation habe nur die Zigarettenfabrikation in den Jahren 1908 bis 1911 zugenommen. Die Herstellung von Zigaretten sei ausweislich der Reichsstattistik von rund 6 Milliarden auf 9 1/2 Milliarden Stück gestiegen, also um mehr als 50 Prozent. Der Faturwert der hergestellten Zigaretten sei sogar um 68 Prozent gestiegen und zwar von 77 1/4 Millionen Mark auf 130 1/2 Millionen Mark. Die Menge des hergestellten Rauchtobaks sei absolut um ungefähr 6-10 Prozent zurückgegangen, Rauchtobak und Schnupftobak hätten den Stand von 1908 behaupten können, bei Zigarren sei ein Rückgang von mindestens 10 Prozent der Stückzahl eingetreten.

Zum Vorsitzenden des Deutschen Tabakvereins wurde an Stelle des zurückgetretenen Herrn Collenbusch-Dresden Herr Kommerzienrat Schmidt-Altenburg gewählt. Die Tabakberufsgenossenschaft bestellte zu ihrem Vorsitzenden Fr. Leonhard-Minden.

Ueber die Zigarren- und Zigarettenindustrie in Panama berichtet der Handelsfachverständige für die Westküste Südamerikas: Vor ein paar Jahren wurde ein verhältnismäßig bedeutendes Zigarettenfabrikunternehmen gegründet zwecks Zubereitung von nordamerikanischem Tabak und Fabrikation von Rauchtobak, aber sehr bald war es durch den nordamerikanischen Tabakmarkt ruiniert. Die am Plage existierenden kleinen Zigarettenfabriken (wohl annähernd ein Dutzend) verarbeiteten hauptsächlich Jamaika- und einheimischen Tabak und verarbeiteten daneben teils Sumatra-, teils Havana-, teils Braßiltabak. Die letzteren Tabaksorten werden über Hamburg und New York eingeführt. — Eine Zigarettenfabrik verarbeitete Havana- und einheimischen Tabak. Im übrigen werden für die ganze Republik speziell Havana-Zigaretten importiert. — Das Holz für Zigarettenröhren wird zugeschnitten aus Hamburg eingeführt und an Ort und Stelle zusammengesetzt. Früher importierte man fertige Röhren aus den Vereinigten Staaten.

### Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachtragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

**Feuerbach (Württemberg).** Die Bewegung bei der Firma Gottlob Giengele kommt mit einem guten Erfolge für die Arbeiter beendet werden. Die Firma bewilligte den Zigarettenmachern Lohnzulagen von 20 S bis 2 M und den Wicklerinnen 10 S bis 1,20 M pro Mille. Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden und der anerkannte Minimallohn 7,70 M pro Mille, bei Zigaretten 7,40 M pro Mille. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Detmold (Nippe).** Die Firma S. F. W. Brügge-meyer (Rauchtabakfabrik) gewährte nach eingeleiteter Bewegung und vorausgegangenr Unterhandlung ihren Arbeitern Lohnzulagen von 30-60 S pro Tag und verkürzte die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden, und zwar täglich von 10 auf 9 1/2 Stunden und Sonnabends von 10 auf 8 1/2 Stunden, und an den Tagen vorher drei hohen Festtagen auf 7 1/2 Stunden. Der Anfangslohn, der bis jetzt 2,60 M pro Tag betrug, wurde auf 3 M erhöht und mit einer steigenden Skala bis zur Höhe von 3,25 M resp. für Möbeler und Maschinenist auf 3,50 M pro Tag. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 30 Prozent und für Sonntagarbeit 80 S pro Stunde bezahlt. Ebenso wurden Anfangslöhne für die jugendlichen Arbeiter festgesetzt mit einer steigenden Skala, bis der Lohn der Vollarbeiter erreicht ist. Mit der Firma wurde

ein zweijähriger Tarif mit einer einmonatlichen Aufkündigungsklausel abgeschlossen.

**Cottbus.** Außer den Firmen Herm. Fischer, Max Konrad, Gustav Lohr, ? Maxdorf, Gust. Kiehl, Otto Schön, Paul Schulze, Ernst Stiller und W. Stiller Wm. hat nun auch die Firma Michal, bevor es zur Arbeitseinstellung kam, den Minimallohn von 9 M pro Mille mit entsprechenden Lohnzulagen anerkannt. Bei den Firmen E. M. Hermann, P. Metz, B. Segal und Gebr. Stoy kam es zur Arbeitseinstellung, da diese sich weigerten, den Arbeitern entgegenzukommen. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Taubenpreßeln (Agrar. Sachsen).** Anlässlich der Festsetzung des Lohnes für eine neue Sorte Zigarren kam es bei der Firma L. Krause zu Differenzen. Nach angebahnter Verhandlung gelang es, die Differenzen zur Zufriedenheit der Arbeiter beizulegen. Außerdem erhöhte die Firma die Löhne auf 6 Sorten in Höhe von 30-80 S pro Mille. Dazu wurde die Verrichtung sämtlicher Nebenarbeiten abgeschafft und die wöchentliche Arbeitszeit um 5 Stunden verkürzt. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Dovenend (Prov. Hannover).** Die Firma Aug. Kaufe erhöhte die Löhne der Zigarettmacher um 25 und 50 S pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 8,25 M pro Mille bei Lieferung fertiger Einlage, reinem Umblatt und mit der Nippe aufgesetzter Decke.

**Frankfurt a. M.** Die Bewegung bei den Firmen Spring Zigaretten-Compagnie und Marco-Zigarettenfabrik, Inh. A. Markowitsch, endete mit Abschluß eines Tarifvertrages auf der Grundlage der für Frankfurt a. M. geltenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zigarettenbranche.

**Burgdamm b. Bremen.** Außer den Firmen Ernst Oldermann, D. L. Petersen & Comp. (Eich Altona), Stührenberg & Mahler, Trautwein, Meher & Pflüger, Wilhelm Maun & Nolte und Wilkens Nachf. erhöhte nun auch die Firma Ernst Schmidt & Comp. die Löhne. Letztere betragen für Zigarettmacher 25 und 50 S und 1 M pro Mille.

**Billwärder b. Hamburg.** Die Bewegung bei den Firmen Karl Flint, Chr. Georg, Fritz Wulf ist beendet. Die Lohnzulagen betragen für Zigarettmacher 25 und 50 S pro Mille und 1 M pro Woche (12 auf 13 M) für Zwickler bei letzterer Firma. Der Minimallohn beträgt 11 M pro Mille.

**Wilschhausen in Oldbg.** Mit einem recht annehmbaren Erfolge konnte die Bewegung bei den Firmen Herm. Ahlers, Arnold Drescher, Heinr. Hogenack beendet werden. Diese Firmen erhöhten die Löhne der Zigarettmacher um 50 S und 1 M pro Mille und versprachen, vom 1. April 1913 an vollständig zubereitetes Material zu liefern, soweit dieses nicht schon geliefert wird. Der Minimallohn wurde auf 10 M pro Mille erhöht.

**Zwischenahn in Oldbg.** Die Firma Herm. Lampe bewilligte einen Minimallohn von 10 M pro Mille bei Lieferung entrippter um aufgesetzter Decke, geschichtetem Umblatt und fertiger Einlage. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 56 Stunden.

**Schiffbeck (Schleswig-Holstein).** Die Bewegung bei den Firmen S. Gangel, Adolf Krogmann, E. Suß ist mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Die Lohnzulagen für Zigarettmacher betragen 25 und 50 S pro Mille, und für Zwickler 1 M pro Woche, indem der Lohn von 12 auf 13 M erhöht wurde. Der Minimallohn wurde auf 11 M pro Mille erhöht.

**Kirchsteinbeck (Schleswig-Holstein).** Die Firma Hinrich erhöht die Löhne für Zigarettmacher um 25 und 50 S pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 11 M pro Mille.

**Wester-Euger.** Die Firma Engelhardt & Biermann bewilligte hier außer den bereits im Frühjahr vorgenommenen Lohnerhöhungen auf 2 Sorten 50 S und auf 1 Sorte 25 S.

**Gehlenbeck.** Die Firma Engelhardt & Biermann bewilligte hier noch auf eine Sorte 50 S; an dieser Sorte sind 15 Mann beschäftigt.

**Leipzig.** Der Streik der Sortierer bei Apel & Bruuner dauert an. Die Firma läßt sich durch sogenannte „Meister“ junge Mädchen anlernen. Zu dieser sauberen Betätigung geben sich her: Bergmann aus Döbeln (von Eisenach nach hier gekommen) und Eckart aus Frankenberg i. Sa. Die Herren scheinen nicht zu bedenken, daß es eventuell eines Tages heißt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!“ Bei Fr. W. Diehe ist arbeitswillig Rich. Richter aus Eilenburg, Wilhelmstr. 7. Zuzug bitten wir streng fernzuhalten.

**Calbe a. S. (Anhalt).** Der Streik bei der Firma G. Schulze, die letzte Firma in Calbe a. S., die noch nicht bewilligte, dauert unverändert fort. Vor Zuzug nach diesem Betriete wird streng gewarnt.

**Bernburg.** Der Streik bei den Firmen Georges & Braumann und S. Koch & Comp. dauert fort. Vor Zuzug von Zigarettenfortierern, Röhrenwicklern und Fertigmachern nach Bernburg, sowie nach Eitenheim in Baden und Neuses, Prov. Hessen (Firma Koch & Comp. oder Herm. Ernst & Comp.) ist streng fernzuhalten. Auch wird gebeten, in neugegründeten Filialbetrieben dieser Firmen keine Arbeit anzunehmen. Event. Neugründungen von Filialbetrieben sind dem Verbandsvorstande zu melden.

**Mehde in Westfalen.** Bei den Firmen S. Albrecht, A. Cosfeld, E. Hart, F. Jde, G. L. Wende, S. Petersen, F. Schulte, S. Schulte Wm. und M. Steinwea dauert der Streik fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Salgaster (Nippe-Detmold).** Der Streik bei der Firma Aug. Brinkmann dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Leopoldshöhe i. L.** Der Streik bei der Firma G. Röpel dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Pirna i. S.** Die Firma F. W. Pafel, Inh. Georg Elsholz, lehnte die beschiedenen Forderungen der Arbeiter ab, worauf diese am 18. Juli d. J. in den Streik traten. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Schönlante (Prov. Posen).** Der Streik bei den Firmen Ederdorf & Rosenberg, S. Grünbaum, M. Willßöhne dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Frankfurt a. M.** Die Aussperrung bei der Firma Nestor Gianclis dauert fort. Vor Zuzug von Zigarettenarbeitern wird gewarnt.

**Frankenhausen a. Kyffh.** Der Streik bei der Firma Habener & Becker dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

**Pfungstadt.** Der Streik bei der Firma Max Freund in Pfungstadt und Griesheim dauert fort. Vor Zuzug nach diesen Betrieben, sowie nach Rönig im Obenwald, wo man eine Filialfabrik zu gründen denkt, wird streng gewarnt.

**Wintersdorf (S.-M.).** Der Abwehrstreik bei der Firma B. Schlenzger dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Strasbourg.** Seit dem 16. September befinden sich die Arbeiter der Elz Tabakmanufaktur im Streik. Vor Zuzug von Zigarettenmachern und Zigarettenmachern wird streng gewarnt.

**Drögen a. Rhein.** Der Streik bei der Firma S. Perken dauert fort. Wie gemeldet wurde, künigten die anderen Firmen aus Anlaß dieses Streiks die Mitglieder unseres Verbandes. Man will durch die Aussperrung dem Streik ein Ende machen. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

**Finsterwalde (Prov. Brandenburg).** Wie in der Finsterwalder Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben mit Recht seit vielen Jahren über unzureichende Entlohnung Klage geführt und auch mehrere Male den Versuch gemacht, eine bessere Entlohnung zu erreichen. Diese Versuche mißlangen an dem Verhalten der meisten Zigarettenfabrikanten und angesichts der Folgen der letzten Tabaksteuererhöhung. Nunmehr soll abermals der Versuch gemacht werden, gestützt auf die Organisation, eine zureichende Entlohnung zur Anerkennung zu bringen. Die zu diesem Zwecke aufgestellten Forderungen sind eingereicht. Für die Bewegung kommen 40 Betriebe mit 538 Arbeitern (darunter 469 Arbeiterinnen) in Frage. Die geforderten Löhne werden bereits von 10 Firmen, die 90 Arbeiter (darunter 58 Arbeiterinnen) beschäftigen, gezahlt. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

### Berichte.

**Döbeln.** Am 25. September fand im Gasthaus zu Sornitz unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Tagesordnung: 1. Vortrag der Kollegin Schilling über Nutzen und Zweck der Organisation; 2. Kartellbericht; 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegin Schilling wies in ihrem Vortrag nach, daß die Arbeiterorganisationen in den letzten Jahren unter schweren Kämpfen und Verfolgungen zu leiden hatten, da sie von jeder dem Unternehmertum ein Dorn im Auge gewesen sind. Allerdings ist die Kampfesweise gegen früher eine andere geworden. Während vor dem Sozialistengesetz das Unternehmertum auf seine eigene Kraft angewiesen war, den gefährdeten Feind zu überwinden, hat das Sozialistengesetz Behörden und Gerichte die Macht gegeben, das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, und noch heute haben wir unter einer Nadelstichpolitik stark zu leiden. Unmögliche Opfer an Geld und Ersitzen haben die Arbeiter bringen müssen. Dessen ungeachtet hat unsere Arbeiterschaft ihren Kampfesmut nicht verloren. Wenn unsere Herrschenden glaubten, die Organisation niedergerungen und vernichtet zu haben, so sind sie auf der anderen Seite wieder emporgewachsen, vielleicht in andere Formen geflüchtet, mit anderen Namen, aber immer im Geiste des Widerstandes gegen die Kapitalübermacht. Durch die Verhältnisse sind auch in unseren Reihen manchmal Zweifel aufgewacht, ob die Genossenschaftsbewegung die ungeheuren Opfer leihne; bei näherer Prüfung kann gar kein Zweifel entstehen, daß wir die richtige Taktik verfolgen. Daß die wirtschaftlichen Kampf- und Widerstandsorganisationen unentbehrlich sind für die Befreiung des Proletariats, das beweist ja auch der fortgesetzte Kampf und die Minorarbeit unserer Gegner. Aber wir gehen weiter auf die Lebenshaltung und Stellung der Arbeiter bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein wie an Beispielen und Tatsachen nach, wie aussichtslos der Kampf des einzelnen Arbeiters gegen das Unternehmertum ist. Es ist an der Zeit, mit den familiären, gemühtlichen Beziehungen zum Fabrikanten zu brechen, denn ein solches Verhältnis wird in den meisten Fällen vom Unternehmer benutzt zur stärkeren Ausnutzung des Arbeiters. Können doch heute nicht einmal mehr die Arbeiter eines Betriebes etwas ausrichten. Es kämpft Organisation gegen Organisation. Diese Lehre hat uns z. B. die Aussperrung in Westfalen gegeben. Wenn die Tabakarbeiter glauben, die Organisation umgehen zu können und durch Bitten etwas Lohnzulage zu erlangen, so begehen sie einen schweren Fehler. Die Entscheidung in den Kämpfen unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsebene hängt von der Macht ab, und die nötige Widerstandsfähigkeit kann nur eine geschlossene Arbeiterschaft erreichen. Darum ist es doppelt notwendig, sich der Organisation anzuschließen und mit vereinten Kräften den Lohnkampf zu führen. Wir dürfen uns nicht durch kleinliche Dinge abhalten lassen. Erschließen wir in erster Linie in unserer Organisation eine Kampforganisation. So notwendig auch die anderen Unterstützungsrichtungen sein mögen, vor allem halten wir die Arbeitslosenunterstützung hoch; das müssen die Mitglieder der 2. Klasse beherzigen und dem Verband treu bleiben, wenn ihnen auch die Krankenunterstützung etwas gekürzt wurde. Seit 1909, nach Einführung der Tabaksteuer, steht das Gependt der Arbeitslosigkeit in unserer Reihen; Unsummen von Arbeitslosenunterstützung müssen gezahlt werden. Hunger, Elend, Krankheit, Verzweiflung sind die Folgen der Arbeitslosigkeit für jene, die Beiträge zu sparen glauben, die der Organisation fernblieben. Das mögen sich besonders die Frauen klar vor Augen halten, die meinen, sich an ihren Kindern zu verabschieden, wenn sie bei den jetzt fast unerreichbaren Lebensmittelpreisen auch noch das Geld für Verbandsbeiträge von dem wenigen, was ihnen zur Lebenshaltung zur Verfügung steht, bezahlen sollen. Nein, Frevel über sie als Mutter an ihren Kindern, wenn sie sich nicht organisieren. Notwendiger wie je ist der Anschluß an die Organisation. Es hilft kein Jagen und Klagen, keine Hoffnungslosigkeit und Verbitterung. Nur mit Opferrmut, Disziplin und Solidaritätsgesühl ist es möglich, die Widerstandsfähigkeit, die wir im Kampfe gegen die Kapitalübermacht brauchen, zeigen zu können. Darauf ging Kollege Dehmigen auf den Vortrag ein und erjudete die Mitglieder, dem Verbande nicht nur treu zu bleiben, sondern auch fortwährend agitatorisch für unsere Interessen zu wirken. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Dehmigen gehalten. Unter Verbandsangelegenheiten unterhielt man sich über die Organisation. Man ist eifrig bemüht, auch die Kohlen-Döbeln zu

# Um vor der Inventur zu räumen

gewähre ich statt der üblichen drei Prozent Kassa-Skonto

## ≡ 10 Prozent Kassa-Skonto ≡

auf die nachstehend aufgeführten Nummern meiner April-Liste.

Alle anderen Vergünstigungen bleiben daneben trotzdem in Kraft.

Die Nummern sind:

**Sumatra Nr. 724, 749, 752, 759, 799**

**Java Nr. 881, 910, 948, 978, 1016, 1017, 1019, 1020, 1021, 1023**

**Brasil Nr. 1074, 1081**

Interessenten, welche die April-Liste nicht besitzen, wird dieselbe auf Wunsch gratis und franko zugestellt.

# ROBERT OEHLER

**ROHTABAK-  
HANDLUNG**



**BERLIN SO.26  
Nr. 2 COTTBUSER Nr. 2  
STRASSE Nr. 2**

## W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

**Prima Qualitäts-Umblatt „Seti“**

2. Klasse, sehr feiner Qualität 1.60 M. pro Pfund bezollt.

**Gute Sumatra-Decke**

2. Klasse, Rollenweise, hervorragend in Form und Geschmack. Pro 100 Stk. 3.25 M. bezollt.

**Bestellen Sie Muster!**

Sonstige Angebote

**Atensilien zur Zigaretten-Fabrikation**

insbesondere: Meine bekannte Sechseckige Wickelmaschine, pro Stück 1.18, Formensprenger, in Material, von 1.75 an, Zigarettenband, Rolle 250 in von 45 M. an, sehr feine Amiacose, pro Pfund 1.75, Zigaretten von 1.50 pro Pfund an, Zigarettenblätter (Serpentin) in mehreren Sorten, pro Pfund 17 M., 31. Befeuchter gratis und franko.

Werkzimmer und Verkaufsstelle für Hamburg und Umgeb.: S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

## J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3948

empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Rollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 450, 500 M.	Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 M.
Sumatra-Umblatt, Rollblatt, 155, 180 M.	Havana 200, 250, 300, 400 M.
Java-Decker bündel 220 M., 5er 260, 280, 300, 320 M.	Decker 700 M.
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 M.	Yara-Cuba 200, 220 M., feine Qualität
Java-Einlage 95 M., mit Umbl. 110, 120, 130 M.	Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 M.
Verderland-Decker 260, 275, 300, 320 M.	Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 M.
Brasil-Decker 175, 200, 210 M.	Domingo-Umbl. 110, 120, 130 M.
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 M.	Domingo-Einlage und Umblatt 100 M.
	Rio-Grande-Decker 120, 130 M.
	Einlage 110 M.
	Lesgat, nur die Original-Zubate, meist 100 M.
	Sehr gute Sorte leicht und sehr blattig 110 M.

**Wickelformen** (neu und gebraucht in allen Fassungen von 50-150 M. Schiffschwarz-Abwärts) jeweils gratis und franko.

Neue, schwebelose Formensprenger mit Glasgewinde, besonders leicht gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 M. Gummi-Tragband, offenes Metall, größte Stärke, pro 100 Stk. 250 M. Zigarettenband pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 M. Bastband, grau und lachsfarbe, pro 100 Stk. Rolle 150 M.

Preis pro Stück jeweils einschließlich Versand, Versand nur unter Nachnahme.

## L. Cohn & Co., Berlin N.

== Brunnenstrasse 24 ==

bieten bei

**Neuanschaffungen von Wickelformen**

eine riesenhafte Auswahl bei den denkbar grössten Vorteilen.

Franko-Versand durch ganz Deutschland

Wiederverkäufer höchsten Rabatt.

Ständiges Lager von über 30000 neuen Wickelformen.

Ständiges Lager von über 10000 gebr. Wickelformen. Jedes Fasson stets am Lager.

Man verlange unsere neuesten Modellbogen

Anerkant. einschl. klassisch. Fabrikat. Wasserdichte Fasselöffel gefertigt u. geliefert.





# H 1910<sup>er</sup> Uckermärker Tabaken F

Noch sehr grosses Lager in

= Vorzügliche Ortschaften, leichte beste Tabake: =

IIa. Sortierung | Ia. Sortierung  
 Nr. 1515 . . . . . à 100 Pfg. versteuert | Nr. 1662 . . . . . à 110 Pfg. versteuert

## Neue Einkäufe:

Rebut (Elsässer) Nr. 1820: gutbrennend, blattig, guter Geschmack . . . . à 85 Pfg. verzollt  
 St. Felix-Brasil Nr. 1811: Echte Mattas-Blätter von Dannemann & Co., grosse reine aller-  
 feinste Qualitätsblätter. . . . . à 155 Pfg. verzollt

Ca. 10000 gebrauchte Formen, viele moderne Fassons vor-  
 rätig. — Billige Preise. — Verlangen Sie Abbildungen!

Achten Sie  
 auf meine Firma, da  
 meine Inserate und  
 Drucksachen nach-  
 geschaut werden!

# Heinrich Franck

Berlin N. 54  
 :: Brunnen-  
 Strasse 22

Gegründet 1879

Postcheckkonto: Berlin 1738

Telephon: Amt Norden 4352

Heute erscheint  
**Liste 201**  
 mit unzähligen Ab-  
 bildungen

**Grösstes Wickelformenlager Deutschlands**

**JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER**

## L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

**Verlangen Sie sofort kostenlos**

Unsere Haupt-Preislisten: Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier, Fragentst.-Muster, etc.

ZEPELIN



**FAÇONS**  
 enthaltend.

### Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.  
 Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof  
 Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postcheckkonto: Hannover  
 No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.  
 Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.  
 Täglich Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Be-  
 gleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch  
 bei geregelter Verbindung mit fremdenmässigen Zellkredit.  
 Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.  
 Nur tadelloß weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den  
 feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Garmen, Brasil, Mexiko, Havana usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.  
 Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.

Gutehaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis

II. Sortierung per Pfund	2.00 Mk. verz.
III. Sortierung per Pfund	2.50 Mk. verz.

Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.  
 von Umbl- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund  
 1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.20 Mk. verzollt.  
 Geschliffene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt  
 1.10 Mk. verzollt.

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten  
 Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

**Offertiere bis. hundert Zentner**

### gemischte fertige Zigarreneinlage

zu Pfund 35 A. bei Nachnahme von 100 Pfund 30. — A. Jacinto  
 Aufmachung. Hoheste Mischung zu 5 A. Zigarren. III. Preisliste gratis  
 und franco. Versand nur unter Nachnahme. 112

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Pferdewaldr. 1.  
 Seitliches Postfach-Verfahren. — Gegr. 1886.

### Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge	Sollblatt, hellbraun, 290 A.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge	Sollblatt, hell bis jährl. 260 A.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge	Sollblatt, hell und jährl. 300 A.
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge	Sollblatt, hellbrauner Qualitäts- tabak, 320 A.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge	Sollblatt, maldranner Qualitäts- tabak, 350 A.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge	Sollblatt, helljährl. 200 A.
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Lg.	Sollblatt, hellbraun, 260 A.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg.	Sollblatt, hell, 330 A.
Brasil-Decker, tiefjährl., sehr günstig bedend, 240, 270 A.	
Mexiko-Decker, dunkler Qualitäts- tabak, 5 Pfl. bedend, 400 A.	
Java-Umblatt, alles Sollblatt, 140, 150, 160, 170 A.	
Domingo-Umblatt, großblättrig trocken, 120, 135 A.	
Garmen-Umblatt, ganz gut- haltend, 120, 130, 140 A.	
Eccelesi, feine Qualität, 145 A.	
Java-Einlage 105, 110, 115 A.	
Garmen-Einlage 105, 110 A.	
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 A.	
Essenz, schwarze Barre, viel Um- blatt, 100 A.	

Brinkmeier & Co.  
 Bremen, Geeren 42.

### Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Aus-  
 wahl, mittel- und hellfarb. Voll-  
 blatt, 2. und 3. Längen à 250  
 bis 500 A., hell ff. 600 A.  
 Vorstenlanden-Decke, buntes,  
 besser Mexiko-Gras, à 260 A.,  
 helle Rehrade à 300—400 A.  
 Java-Einlagen à 110—125 A.  
 Java-Aufarbeiter à 130—145 A.  
 Java-Umblatt à 150—190 A.  
 Mexiko-Decke ff. 450 A.  
 Brasil à 150—190, Decke à 350 A.  
 Havana à 350 A., Cuba à 200 A.  
 Domingo à 120—170 A.  
 Garmen à 120—155 A.  
 Uckermärker Ia. à 105 A.

Logget Blättware, à 105 A. u. Ded-  
 logget Matt-Rampougen à 125 A.  
 Wickelformen, gebrauchte, gut er-  
 haltene Schiffs-Abstände gratis  
 und franco.

Preise zu 12 Formen, oben u. unten  
 (100) verschraubt, Holzfuß u.  
 Holzdruckplatte in sehr starker Aus-  
 führung, Ledige Träger, 10 A.  
 fast II A. nur . . . . .

Presskasten, Bündelbocke, Roll-  
 breiter, Arbeitsmesser, Lack,  
 Papier, Band, Ringe, Etiketten.  
 Gummi-Tragant.

Gebrauchts-Arbeitsstoffe,  
 Pressen, Rahmen, Sisso, etc.

Zahnpfeife per Pfund verzollt  
 inkl. Verschiff. Versand unter  
 Nachnahme mit 3% Skonto.  
 Versagens-Preisverzeichnis.

### Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10]

Alle Sorten in- u. ausländi-  
 scher Tabake zu billigsten  
 Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-  
 steuer. Post-Versand per Nach-  
 nahme. Ziel nach Uebereinkunft  
 bei Angabe von Ia. Referenzen.

**Achtung!**  
**SUMATRA**  
 vierte, dritte, zweite u. erste  
 Länge empfohlen per Pfund  
 verzollt 1.40, 1.45, 1.50,  
 1.55, 1.60, 1.80, 2.—, 2.40,  
 2.50, 2.60, 2.80, 3.—, 3.50,  
 3.60, 4.—, 4.20, 4.50, 4.60,  
 5.—, 6.50, 7.— bis 10.— M.

Typen verschende gerne  
 • gratis und franco.

### Hengstoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale: Berlin N.,  
 Brunnenstrasse 25.

### Ausnahme-Offerte in Rohtabak!

Solange der Vorrat reicht, em-  
 pfehle folgende gut brennende Tabake:  
 Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Länge,  
 230, 360, 400, mittel hell 190, 210,  
 230, 240, 250, buntes 180, 270 A.,  
 alles Sollblatt, -Umblatt 165, -Ein-  
 lage u. -Umblatt 135 A. Vorsten-  
 land-Decker hell 350, buntes,  
 Brasil-Gras, 200, 210, 220, 230 A.,  
 Java-Umblatt 120, 130, 140, 150,  
 160, 165, -Einlage u. -Umblatt 120,  
 130 A. Garmen u. Domingo-Umblatt  
 125 A. Szedlent-Umblatt 130,  
 140 A. Mexiko-Decker 150, 180,  
 300 A. Brasil-Decker 210, 220,  
 250, 300, -Einlage u. -Umblatt  
 125, 140, 150, 160 A. Brasil-  
 Havannablätter 140 A. Havana-  
 Einlage, -Umblatt u. -Decker 230 A.  
 mit tabellosem Brand. Sumatra- u.  
 Javablätter 130 A. Hosgut 100,  
 110, orig. Hosgut 100, 110, 120 A.  
 — Versand nur gegen Nachnahme.

H. Hüsemann • Bremen  
 Rohtabakhandlung  
 Hoher-Ed. 105. Telephon 2880.

Drucksachen  
 aller Art  
 Bremser-Buchdruckerei und Verlags-  
 anstalt J. H. Schmalefeld & Co.

Verantwortliche Redakteur: G. Steinhilber, Druck: Deutsche Zeitungsdruckerei, G. Deitman, Druck: Bremer Nachrichten und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeld & Co., sämtlich in Bremen.